

# Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 28

23. März

1915

## Bekanntmachung

betreffend Ausführung der Verordnung vom 25. Januar 1915 über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl.

Vom 9. März 1915.

Auf Grund von § 29 Abs. 1 und § 53 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung des Bundesrats über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl vom 25. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 35) wird folgendes bestimmt:

I.

Die Vorschrift des § 29 Absatz 1 der Verordnung des Bundesrats über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl vom 25. Januar 1915 tritt mit dem 15. März 1915 in Kraft.

II.

Als Stelle, an welche nach § 29 Absatz 1 der Verordnung des Bundesrats über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl vom 25. Januar 1915 die Kleie abzugeben ist, wird die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, G. m. b. H., in Berlin bestimmt.

Berlin, den 9. März 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers:  
Deßbrück.

## Bekanntmachung

betreffend Ergänzung der Bekanntmachung über die Verwendung von Rohzucker (Erstprodukt)

vom 19. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 103).

Vom 12. März 1915.

Zu § 1 Absatz 2 Ziffer 1 unter c: Der zweite Halbsatz von Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Vergütung muß vor dem 1. April 1915 beendet sein und zwar auch dann, wenn der Zucker vorher versandt worden ist.“

Berlin, den 12. März 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers:  
Deßbrück.

Zu Nr. W. d. F. III. 4290.

Darmstadt, den 17. März 1915.

Betr.: Regelung des Verkehrs mit Kleie und zuckerhaltigen Futtermitteln; hier Errichtung einer Verteilungsstelle für das Großherzogtum.

## Bekanntmachung

betreffend die Errichtung und den Geschäftskreis der Verteilungsstelle für Futtermittel in Darmstadt.

Vom 17. März 1915.

Nachdem durch die Verordnung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 9. I. 1915. (R.-G.-Bl. Nr. 35) die Vorschrift des § 29 Absatz 1 der Verordnung des Bundesrats über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl vom 25. Januar 1915 mit Wirkung vom 15. März in Kraft getreten und als Stelle, an welche die Kleie abzugeben ist, die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, G. m. b. H. in Berlin, bestimmt worden ist, wird hiermit auf Grund des § 46 dieser Verordnung und der Bestimmung zu § 29 der Ausführungsanweisung zu dieser Verordnung angeordnet, daß die Bedarfsregelung und Unterverteilung der Kleie im Großherzogtum durch eine besondere Verteilungsstelle, die „Verteilungsstelle für Futtermittel in Darmstadt“, zu erfolgen hat.

Dieser Stelle wird gleichzeitig die Unterverteilung und Regelung des Bedarfs der zuckerhaltigen Futtermittel übertragen. Unsere Bekanntmachung über die zuckerhaltigen Futtermittel vom 16. Februar 1915 (Darmstädter Zeitung Nr. 42) wird dahin abgeändert, daß als Komunalverband das Großherzogtum, nicht der Kreis, anzusehen ist.

Die Bestimmungen über die Errichtung und den Geschäftskreis der Verteilungsstelle für Futtermittel sind hierunter zur allgemeinen Kenntnis und Nachachtung nachgedruckt.

Darmstadt, den 17. März 1915.

Großh. Ministerium des Innern.  
v. Homberg.

## Bestimmungen

Über die Errichtung und den Geschäftskreis der Verteilungsstelle für Futtermittel in Darmstadt.

Vom 17. März 1915.

Zur Durchführung der Bedarfsregelung und Unterverteilung der Kleie und zuckerhaltigen Futtermittel im Großherzogtum wird eine besondere Verteilungsstelle mit dem Namen „Verteilungsstelle für Futtermittel in Darmstadt“ (Telegrammadresse: „Futtermittelverteilung Darmstadt“) errichtet. Sie hat ihren Sitz in Darmstadt, Bleichstraße 1.

Die Verteilungsstelle besteht aus einem Vertreter der Großh. Zentralkasse für die Landesstatistik und aus je einem Vertreter der Landwirtschaftskammer, der Großh. Handelskammer, der Hand-

werkskammer und der Zentralgenossenschaft der Hessischen Landwirtschaftlichen Konsumvereine, e. G. m. b. H., in Darmstadt.

Der Vertreter der Großh. Zentralkasse führt den Vorsitz und vermittelt den schriftlichen Verkehr mit den staatlichen Behörden. Die Verteilungsstelle ist beschlußfähig bei Anwesenheit des Vorsitzenden und von 2 weiteren Mitgliedern. Zu einem Beschlusse genügt die einfache Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Die Verteilungsstelle hält nach Bedarf auf Einladung des Vorsitzenden Sitzungen ab, in denen Fragen grundsätzlicher Natur beraten und entschieden und insbesondere die Grundsätze aufgestellt werden, nach denen die Verteilung der Futtermittel vorgenommen werden soll. Sie haben sich an die von dem Stellvertreter des Reichskanzlers über die Verteilung dieser Futtermittel festgestellten Grundsätze anzuschließen.

Die zur Verfügung stehenden Futtermittel werden nach Maßgabe dieser Grundsätze auf die einzelnen Gemeinden durch einen engeren Ausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden und den Vertretern der Landwirtschaftskammer und der genannten Zentralgenossenschaft, verteilt. Die Ausführung der Zuteilung und die gesamte Erledigung des damit verbundenen Geschäftsverkehrs fällt der Zentralgenossenschaft im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden zu.

Ueber Streitigkeiten, die bei der Verteilung entstehen, entscheidet Großh. Ministerium des Innern, Abteilung für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, endgültig.

Die Verteilungsstelle bestimmt in allen Teilen des Landes örtliche Ausführungsstellen. Als solche kommen in Betracht:

- a) in Gemeinden, in denen eine landwirtschaftliche Genossenschaft besteht, die dem Verband der Hessischen Landwirtschaftlichen Genossenschaften Darmstadt oder dem Verband ländlicher Genossenschaften Nassauischer Organisation für Rheinpfalz, Baden und Hessen, e. B. in Ludwigshafen a. Rh., angeschlossen ist, in der Regel diese örtliche Genossenschaft. Bestehen mehrere Genossenschaften an einem Orte, so bestimmt die Verteilungsstelle diejenige Genossenschaft, die als örtliche Verteilungsstelle tätig werden soll. Die Genossenschaften haben die Bestellungen aller Viehhalter, einerlei, ob sie der Genossenschaft angehören oder nicht, entgegenzunehmen und die Lieferungen unter den gleichen Bedingungen, wie bei den Genossenschaftlern, zu vollziehen;
- b) in anderen Gemeinden die Großh. Bürgermeistereien (Oberbürgermeister, Bürgermeister) oder die von ihnen beauftragten Stellen.

Die örtlichen Ausführungsstellen fordern die Viehhalter ihres Bezirkes zur Angabe ihres Bedarfs für den eigenen Viehstand auf. Der angemeldete Bedarf ist von der örtlichen Verteilungsstelle auf seine Richtigkeit sorgfältig zu prüfen. Sie ist zu diesem Zweck berechtigt die Borräte und Betriebsräume des Melkenden zu untersuchen und seine Bücher prüfen zu lassen. Der Bedarf ist zunächst für den Zeitraum bis zum 1. Juni, alsdann von da bis zum 15. August, von da bis 1. Oktober anzugeben und muß jeweils bis längstens 1. April, 1. Juni und 15. August 1915 der oben genannten Zentralgenossenschaft mitgeteilt werden. Es ist hierbei zu beachten, daß Viehhalter, die sich bereits Borräte beschafft haben, so lange zurückstehen müssen, als andere dringlichere Bedürfnisse geltend gemacht werden. Die Verteilungsstelle prüft die eingehenden Bestellungen und behält sich notwendige Kürzungen vor. Die Liefermenge wird durch die Verteilungsstelle nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Futtermittelmengen und den vom Reichskanzler hierfür erlassenen Bestimmungen ausgeteilt. Vor Ablieferung ist jeder örtlichen Ausführungsstelle Nachricht über die ihr zugeteilten Mengen zu geben. Diese hat den Besteller entsprechend zu benachrichtigen.

Den örtlichen Ausführungsstellen wird empfohlen, zwecks Prüfung der Bestellungen und endgültiger Zuteilung der zur Ablieferung kommenden Futtermengen einen Beirat zu bilden.

Preise, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen werden von der Verteilungsstelle auf Grund der Bestimmungen des Bundesrats festgesetzt.

Darmstadt, den 17. März 1915.

Großh. Ministerium des Innern.  
v. Homberg.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir empfehlen Ihnen, sich mit dem Inhalt der vorstehend abgedruckten Bestimmungen vertraut zu machen und das hiernach Erforderliche zu veranlassen.

Gießen, den 19. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Ufinger.



### **Bekanntmachung.**

Betr.: Geschäftsanweisung für die Verteilungsstelle für Rohzucker.  
Nachstehende Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 9. März  
d. J. wird hiermit veröffentlicht.  
Gießen, den 17. März 1915.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Usinger.

### **Bekanntmachung**

betreffend Erteilung einer Geschäftsanweisung für die Verteilungs-  
stelle für Rohzucker.

I.  
Gemäß Ziffer 3 der Bekanntmachung, betr. Errichtung einer  
Verteilungsstelle für Rohzucker, vom 19. Februar 1915 („Deutscher  
Reichsanzeiger“ Nummer 43) erteile ich der Verteilungsstelle für  
Rohzucker zu Berlin die nachstehende Geschäftsanweisung.

II.  
Ziffer 6 der Bekanntmachung, betreffend Errichtung einer Ver-  
teilungsstelle für Rohzucker, fällt mit dem heutigen Tage fort.  
Berlin, den 9. März 1915.

Der Reichskanzler.  
Im Auftrage: Richter.

### **Geschäftsanweisung für die Verteilungsstelle für Rohzucker.**

#### **1. Allgemeine Grundsätze.**

§ 1. Die Verteilungsstelle stellt fest, welche Menge Verbrauchs-  
zucker zur Deckung des Bedarfs erforderlich ist, und bestimmt,  
welcher Teil ihrer Bedarfsanteile den Verbrauchszuckerfabriken  
auf Verlangen zuteilen ist. Hierbei ist einerseits auf die Betriebs-  
weise und die Deckung der abgeschlossenen Verbrauchszucker-  
fabriken zugeteilt werden sollen. Auf den tatsächlichen Bedarf, die  
Wünsche der Beteiligten, die bisherigen Geschäftsverbindungen und  
Gepllogenheiten und die Lage der Fabriken ist tunlichst Rücksicht  
zu nehmen.

§ 2. Die Verteilungsstelle bestimmt, nach welchen Grundsätzen  
die verfügbaren Rohzuckermengen den einzelnen Verbrauchszucker-  
fabriken zugeteilt werden sollen. Auf den tatsächlichen Bedarf, die  
Wünsche der Beteiligten, die bisherigen Geschäftsverbindungen und  
Gepllogenheiten und die Lage der Fabriken ist tunlichst Rücksicht  
zu nehmen.

§ 3. Die Zuteilung erfolgt nach Maßgabe dieser Verordnung  
und der von der Verteilungsstelle gegebenen besonderen Weisungen  
durch die Geschäftsführer.

§ 4. Den Zeitpunkt der Lieferung bestimmt die Verteilungs-  
stelle. Im übrigen gelten die vor dem 1. August 1914 üblich ge-  
wesen Verkaufs- und Zahlungsbedingungen.

§ 5. Die Mitglieder, Geschäftsführer und Angestellten der Ver-  
teilungsstelle sind zur Geheimhaltung aller durch die Verteilungs-  
stelle zu ihrer Kenntnis kommenden Angelegenheiten verpflichtet.  
Die der Verteilungsstelle gemachten Angaben dürfen nur für die  
Zwecke der Verteilungsstelle verwandt werden.

#### **2. Abgabeanteil der Rohzuckerfabriken.**

§ 6. Abgabeanteil der einzelnen Rohzuckerfabriken ist der gemäß  
§ 1 Absatz 1 der Verordnung, betreffend Verkehr mit Zucker, vom  
Bundesrat zum steuerpflichtigen Inlandsverbrauch freigegebene Teil  
ihres Kontingents. Dem Kontingent werden zugeschrieben diejen-  
igen sperrfreien Kontingenteile, die die Fabrik von anderen Fabriken  
erworben, abgeschrieben diejenigen sperrfreien Kontingenteile, die  
sie an andere Fabriken abgetreten hat.

§ 7. Von dem Abgabeanteil der einzelnen Rohzuckerfabriken  
werden abgeschrieben:

1. die abgelieferten oder zur Beförderung aufgegebenen Mengen  
sperrfreien Rohzuckers;
2. die im eigenen Betriebe hergestellten, in den freien Verkehr  
gebrachten Mengen Verbrauchszuckers, im Verhältnis von 9 zu 10  
auf Rohzucker umgerechnet;
3. die auf Grund abgeschlossener Verträge noch an Verbrauchs-  
zuckerfabriken zu liefernden Mengen sperrfreien Rohzuckers;
4. die von der Verteilungsstelle Verbrauchszuckerfabriken zu-  
geteilten Mengen sperrfreien Rohzuckers.

Die Abschreibungen zu 3 und 4 bleiben jedoch so lange außer  
Beracht, als bei 3 der vertraglich vereinbarte, bei 4 der von der  
Verteilungsstelle bestimmte Lieferungsmonat noch nicht angebro-  
chen ist.

#### **3. Bedarfsanteil der Verbrauchszuckerfabriken und Raffinerien.**

§ 8. Bedarfsanteil der einzelnen Verbrauchszuckerfabriken ist,  
sofern nicht eine besondere Bestimmung getroffen ist, die aus ihnen  
unmittelbar oder mittelbar in 12 aufeinanderfolgenden, aus der  
Zeit vom 1. Oktober 1908 bis 30. September 1913 auszuwählenden  
Monaten steueramtlich zum Inlandsverbrauch abgefertigte Ver-  
brauchszuckermenge, zuzüglich ihrer versteuerten Vorräte bei Beginn  
und abzüglich der versteuerten Vorräte am Ende der gewählten  
zwölf Monate.

Bedarfsanteil der dem Verbands Deutscher Zuckerraffinerien,  
Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin, angehörenden Ver-  
brauchszuckerfabriken ist ihre Beteiligungszahl beim Verbands.

§ 9. Von dem Bedarfsanteil der einzelnen Verbrauchszucker-  
fabriken werden abgeschrieben:

1. die in den Fabrikbetrieb aufgenommenen Mengen sperr-  
freien Zuckers (Rohzucker im Verhältnis von 10 zu 9 auf Ver-  
brauchszucker umgerechnet);

2. bei Rohzuckerfabriken, die Verbrauchszucker herstellen, ferner  
die im eigenen Betriebe hergestellten, in den freien Verkehr ge-  
brachten Verbrauchszuckermengen;

3. die auf Grund abgeschlossener Verträge noch der Verbrauchs-  
zuckerfabrik zu liefernden Mengen sperrfreien Rohzuckers (im Ver-  
hältnis von 10 zu 9 auf Verbrauchszucker umgerechnet);

4. die von der Verteilungsstelle der Verbrauchszuckerfabrik  
zugeteilte Menge sperrfreien Rohzuckers (im Verhältnis von 10  
zu 9 auf Verbrauchszucker umgerechnet).

Die Abschreibungen zu 3 und 4 bleiben so lange außer Be-  
tracht, als bei 3 der vertraglich vereinbarte, bei 4 der von der  
Verteilungsstelle bestimmte Lieferungsmonat noch nicht angebrochen  
ist. Dem Bedarfsanteil der einzelnen Verbrauchszuckerfabriken  
werden zugeschrieben die vorhandenen Mengen sperrfreier Nach-  
produkte, die sie auf Grund der Verordnung vom 8. Februar 1915  
nicht auf Verbrauchszucker verarbeiten dürfen, im Verhältnis von  
10 zu 8 auf Verbrauchszucker umgerechnet.

§ 10. Die Bedarfsanteile sind übertragbar. Uebertragungen  
sind der Verteilungsstelle unverzüglich anzumelden.

#### **4. Uebertragung von Kontingenten.**

§ 11. Die Genehmigung zur Uebertragung von Kontingenten  
soll nicht erteilt werden, wenn durch die Uebertragung die Ver-  
teilung des Rohzuckers nach den in der Geschäftsanweisung für  
die Verteilungsstelle aufgestellten Grundsätzen gestört wird. Sie  
muß versagt werden, wenn durch die Uebertragung das Recht der  
Bezugsvereinigung deutscher Landwirte auf Grund des § 1 Abs. 2  
Nr. 2 der Bekanntmachung über die Verwendung von Rohzucker  
ohne Ersatz beeinträchtigt wird.

Notfalls ist die Erteilung der Genehmigung an Bedingungen  
zu knüpfen, die das Recht der Bezugsvereinigung sicherstellen.

§ 12. Die Verteilungsstelle kann die Entscheidung über die  
Genehmigung den Geschäftsführern übertragen.

Die Vorschriften der Nummern 4 und 5 der Bekanntmachung,  
betreffend Errichtung einer Verteilungsstelle für Rohzucker, finden  
entsprechende Anwendung.

### **Bekanntmachung.**

Die nachstehende Bekanntmachung des Großh. Ministeriums  
des Innern vom 9. März 1915 bringen wir hiermit zur öffent-  
lichen Kenntnis.

Gießen, den 13. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Usinger.

### **Bekanntmachung.**

Beschlagnahme von Erzeugnissen der Kartoffelrodnelei und der  
Kartoffelstärkefabrikation betreffend.

Vom 9. März 1915.

Die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft mit beschränkter  
Haftung zu Berlin wird ermächtigt, die Besitzer von Kartoffel-  
flocken, Kartoffelwalzmehl, Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl  
aufzufordern, ihr bestimmte Mengen dieser Gegenstände zu über-  
lassen. Eine solche Aufforderung hat die Wirkung, daß Verfügungen  
über die von ihr betroffenen Gegenstände nichtig sind; den rechts-  
geschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege  
der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen. Die Auf-  
forderung wird unwirksam, wenn sie nicht binnen einer Woche,  
nachdem sie dem von ihr Betroffenen zugegangen ist, durch Erlaß  
der Behörde bestätigt wird. Zuständig sind die Großh. Kreisämter  
und in Städten von über 20 000 Einwohnern die Oberbürger-  
meister, in deren Bezirk sich die Gegenstände befinden.

Darmstadt, den 9. März 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.  
v. Sombertg.

Krämer.

### **Bekanntmachung.**

Betr.: Weitere Regelung des Branntweinverkehrs.

Nachstehende Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 4. März  
1915 bringen wir zur öffentlichen Kenntnis.

Gießen, den 13. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Usinger.

### **Bekanntmachung**

Über weitere Regelung des Branntweinverkehrs.

Vom 4. März 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die  
Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw.  
vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) im Anschluß an  
die Verordnung über weitere Regelung des Brennereibetriebs und  
des Branntweinverkehrs vom 4. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl.  
S. 57) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Haben die Beteiligten zur Verwertung von Branntwein  
sich vertragsgemäß vereinigt, und ist in dem Vertrage zu dessen  
Durchführung und zur Wahrung der Interessen der Beteiligten  
ein Vertragsorgan bestellt, so kann dieses Vertragsorgan darüber  
beschließen, wie der Preis für den im laufenden Betriebsjahr nach



dem 28. Februar 1915 abgelieferten Brautwein festzusetzen und der daraus erzielte Gewinn zu verteilen ist.

Zu dem Beschluß ist eine Mehrheit von  $\frac{2}{3}$  der stimmberechtigten Mitglieder des Vertragsorgans erforderlich; er bedarf der Genehmigung des Reichskanzlers.

Der Beschluß ist für alle Beteiligten verbindlich.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 4. März 1915.

Der Reichskanzler.

J. B.: Dr. Helfferich.

### Bekanntmachung.

**Betr.:** Regelung des Verbrauchs von Brotgetreide und Mehl im Kreis Gießen.

I. Auf Beschluß des Kreisaußschusses und nach hierzu erteilter Zustimmung der Aufsichtsbehörde haben die Vorschriften der Bekanntmachung in obigem Betreff vom 15. I. Mts. (Kreisblatt Nr. 26 vom 16. März I. Jz.) die nachstehend durch **Zeitdruck** hervorgehobenen Änderungen und Ergänzungen erfahren:

§ 11. Es können von jeder Person für eine Woche beansprucht werden:

2000 Gramm Brot oder

die entsprechende Menge Mehl oder

32 Bröckchen zu 50 Gramm das Stück; 2 Zwiebad gelten

für ein Bröckchen.

Kinder sind dabei ohne Rücksicht auf ihr Alter bis auf weiteres erwachsenen Personen gleichzurechnen.

§ 12. Abs. 1. Die Ausgabe der Brotmarken erfolgt gegen Vorlage der Ausweisarten in **längstens 4-wöchigen** Zeitabschnitten durch die Bürgermeisterei. Die Brotmarken gelten nur für den Zeitabschnitt, der auf ihnen vermerkt ist. **Nicht verbrauchte Brotmarken dürfen nicht an Bäcker, Brot- und Mehlhändler, usw., sondern nur an die Bürgermeisterei abgeliefert werden. Die Ablieferung soll spätestens bei Empfangnahme der für den folgenden Zeitraum geltenden Brotmarken erfolgen.**

§ 13. Die Ausweisarten und Brotmarken sind nicht übertragbar. Brotmarken sind keine Zahlungsmittel.

§ 15. Den in § 10 Abs. 1 und 2 genannten Personen, die am 2. März d. Jz. im Besitz von mehr als 10 kg Mehl waren, ist der diese Menge überschreitende, noch vorhandene Vorrat bei Zuteilung der Brotmarken mit 340 Gramm für je zwei Wochen und jede zum Haushalt gehörende Person anzurechnen. **Der Ausschuss (§ 6) kann jedoch auch beschließen, daß für jene Personen so lange keine Ausweisarten und Brotmarken auszugeben werden, bis sie den noch in ihrem Besitz sich befindenden Mehlvorrat nachweisbar ganz oder bis auf einen vom Ausschuss zu bestimmenden, unter 10 kg liegenden Rest aufgebraucht haben.**

II. Vorstehendes wird mit dem Anfügen zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Änderungen und Ergänzungen mit dem Erscheinen dieser Bekanntmachung im Kreisblatt in Kraft treten.

Gießen, den 22. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

**Betr.:** Fahrpreisermäßigungen.

**An das Großh. Polizeiamt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.**

Der deutsche Verwaltungsrat für belgische Eisenbahnen in Brüssel hat angeordnet, zum Besuch kranker oder verwundeter Krieger, sowie zur Beerdigung verstorbener Krieger die Fahrpreise auf den im Militärbetrieb befindlichen Eisenbahnen für erwachsene Angehörige — Kinder unter 15 Jahren sind ausgeschlossen — gleichfalls auf die Hälfte und zwar auf 5 cts in der zweiten und  $2\frac{1}{2}$  cts in der dritten Wagenklasse für 1 km zu ermäßigen.

Wir empfehlen Ihnen, alle diejenigen, die eine Reise im vorstehenden Sinne auszuführen gedenken, auf diese Anordnung aufmerksam zu machen.

Gießen, den 19. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

**Betr.:** Die Erhebung der Kurtaxe und der Badegebühren zu Bad-Nauheim.

**An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.**

Die Großh. Kurverwaltung Bad-Nauheim hat die Wahrnehmung gemacht, daß in den benachbarten Städten und Orten Fremde Wohnung nehmen, von da aus die Kurmittel in Bad-Nauheim gebrauchen, die Konzerte und das Kurhaus besuchen und die Zahlung der Kurtaxe auf diese Weise zu umgehen suchen. Daher ist angeordnet worden, daß die Abgabe von Bädern in den Badehäusern zu Bad-Nauheim an die Ortsansässigen von Bad-Nauheim und der benachbarten Städte und Orte zukünftig nur dann noch erfolgen soll, wenn von denselben Legitimationskarten nach dem unten abgedruckten Muster dem Aufsichtspersonal in den Badehäusern vorgezeigt werden. Diese Legitimationskarten sollen durch Sie auf Ansuchen der Ortsansässigen ausgestellt werden.

Die Abgabe der Legitimationskarten darf also nicht an solche Personen erfolgen, welche zufällig nur zu Besuch anwesend sind. Nur für die Ortsansässigen, die mindestens drei Monate in dem betr. Orte wohnen und auch Steuer bezahlt haben, dürfen derartige Legitimationskarten ausgestellt werden. Diese Ausstellung hat jedoch zu unterbleiben, insofern diese Ortsansässigen in Bad-Nauheim Wohnung genommen haben und nicht nach genommenem Bade an demselben Tage in ihren Wohnort zurückkehren.

Ueber die ausgestellten Legitimationskarten haben Sie namentliche Verzeichnisse zu führen.

Die jeweils ausgestellten Karten sind nur für das Kalenderjahr, in dem sie ausgestellt sind, gültig.

Sie wollen Vorstehendes mehrmals ortsüblich veröffentlichen. Die Formulare zu Legitimationskarten sind bei Großh. Kurverwaltung Bad-Nauheim gratis und franko zu haben.

Denjenigen Großh. Bürgermeistereien, die in den letzten Jahren Legitimationskarten ausgestellt haben, geht in den nächsten Tagen eine entsprechende Anzahl derselben f. d. z.

Die Listen sind am Schlusse der jeweiligen Saison — im Oktober jeden Jahres — direkt bei der Großh. Kurverwaltung Bad-Nauheim portofrei von Ihnen einzureichen.

Sofern keine Legitimationskarten in dieser Saison zur Verwendung kommen, wollen Sie am Ende derselben mittels Postkarte hiervon der Großh. Kurverwaltung Bad-Nauheim Nachricht geben. Die nichtgebrauchten Karten sind von Ihnen zwecks Verwahrung in nachfolgenden Jahren zurückzubehalten.

Gießen, den 18. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

### Legitimations-Karte.

De wird hiermit bescheinigt, daß d . . . selbe hier ansässig ist und die Bäder in Bad-Nauheim gebrauchen will.

. . . den . . . 19 . . .

Großherzogliche Bürgermeisterei . . .

(Siegel)

Bei mißbräuchlicher Benutzung verliert diese Karte ihre Gültigkeit.

### Bekanntmachung.

**Betr.:** Einschleppung der Reblaus nach Deutschland.

Wie mitgeteilt wird, sollen Soldaten Rebschlinge aus Lothringen und Frankreich in ihre Heimat gesandt haben. Hierdurch tritt die Gefahr einer Verschleppung der Reblaus ein. Es wird darauf hingewiesen, daß es nach § 3 des Reichsgesetzes vom 6. Juli 1904, betreffend die Bekämpfung der Reblaus, verboten ist, Reben über die Grenzen eines Weinbaubezirkes zu versenden, einzuführen oder auszuführen. Der Kreis Gießen gehört zu dem Weinbaubezirk „Provinz Oberhessen“.

**An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises, Großh. Polizeiamt Gießen und die Großh. Gendarmerie des Kreises.**

Sie wollen darüber wachen, daß keinerlei Reben aus einem fremden Weinbaubezirk eingeführt werden. Zuwiderhandlungen sind uns sofort anzuzeigen.

Gießen, den 19. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

### Bekanntmachung.

**Betr.:** Anmeldepflicht für in Pflege genommene Militärpersonen.

Auf Antrag und im Einvernehmen mit dem Garnisonkommando zu Gießen wird folgende

### polizeiliche Anordnung

erlassen:

Alle Quartiergeber, bei denen sich genesende Militärpersonen in Privatpflege befinden, haben binnen 48 Stunden der zuständigen Bürgermeisterei (in Gießen dem Großh. Polizeiamt) die Namen der betreffenden Militärpersonen (Offiziere und Mannschaften) anzumelden. Die Anmeldung hat auch dann zu erfolgen, wenn eigene Angehörige der Quartiergeber von diesen in Pflege genommen werden.

Zuwiderhandlungen gegen diese polizeiliche Anordnung werden mit Geldstrafe bis zu 90 Mark, im Falle der Uneinbringlichkeit mit entsprechender Haftstrafe, geahndet.

Gießen, den 19. November 1914.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

**An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises, das Großh. Polizeiamt Gießen und die Großh. Gendarmerie des Kreises.**

Es wird Ihnen hiermit zur Pflicht gemacht, den Befolg der vorstehenden polizeilichen Anordnung genau zu überwachen. Die Großh. Bürgermeistereien sowie das Großh. Polizeiamt Gießen



werden außerdem angewiesen, die Bekanntmachung alsbald in ortsüblicher Weise zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Eingehende Anmeldungen sind noch am Tage des Eingangs unmittelbar an das Großh. Bezirkskommando Gießen weiterzugeben. Die Ueberbringung der Anmeldungen an das Bezirkskommando aus den Landgemeinden hat unter Aufschrift des Vermerks „Seeresache“ und unter Verfüzung des Amtssiegels auf dem Umschlag zu erfolgen. Die Beförderung durch die Post geschieht alsdann portofrei.

Gießen, den 19. November 1914.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

### Bekanntmachung.

Betr.: Ausführung des Reichsviehsteuergesetzes; hier Ausschlag der Beiträge auf die Viehbesitzer.

#### An die Erheber des Kreises.

Die in Ihrem Besitz befindlichen Originallisten (Schlusslisten) sind bis Ende dieses Monats, nachdem die im Laufe des Rechnungsjahres zugegangenen Tiere in diesem nachgetragen worden sind, nach dem Stand am Schlusse des Rechnungsjahres durch Ausfüllen der Spalten 6 und 7 zu ergänzen.

Wir empfehlen Ihnen, diese Listen auch zu heften und aufzuaddieren.

Zur Beseitigung von Zweifeln fügen wir an, daß die Zahl der Werteinheiten bei den Pferden derartig zu berechnen ist, daß für jeden angefangenen 1000-Mark-Wert eines Pferdes 1 Werteinheit zugrunde gelegt wird. Hat z. B. ein Pferd einen Wert von 1200 Mark, so sind für dieses 2 Werteinheiten anzugeben, und haben 2 Pferde einen Wert von 1200 Mark und 1300 Mark, so sind für beide 4 Werteinheiten anzugeben usw. Diese Werteinheiten sind in Spalte 7 einzustellen.

Um Rückgaben der Listen und Rückfragen zu vermeiden, empfehlen wir Ihnen, genau hiernach zu verfahren.

Die hiernach ergänzten Listen sind uns bis spätestens 10. April l. Js. vorzulegen. Wir erwarten pünktliche Einhaltung des Termins.

Gießen, den 16. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Seidler.

### Bekanntmachung.

Betr.: Die Besteuerung der Klaviere, Automaten und Musikwerke, Luxuswagen und Luxusreitpferde.

Unter Hinweis auf Artikel 33 des Gesetzes vom 12. August 1899, in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. März 1910, wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Stempelabgabe:

1. für Verkaufs- oder Wagaufautomaten,
2. „ automatische Kraftmesser,
3. „ Automaten, die zur Unterhaltung des Publikums dienen,
4. „ alle in öffentl. Wirtschaftsräumen aufgestellte Klaviere oder sonstige Musikwerke,
5. „ Luxuswagen und Luxusreitpferde.

Nr. das Rj. 1915 im Monat März an allen Wochentagen von vormittags 9—12 Uhr auf dem Bureau der unterzeichneten Behörde, Zimmer Nr. 1, dahier zu entrichten ist.

Wer bis zum 31. März 1915 die Abmeldung der stempelpflichtigen Automaten usw. bei uns nicht erwirkt hat, ist zur Weiterentrichtung der Abgabe bei Meldung der Bestrafung und zwanngewiesenen Beitreibung verpflichtet.

Sollte die Entrichtung der Abgabe im Wege der Posteingahlung erfolgen, so sind die Gelbbeträge stets ganz frei einzuzahlen.

Die für das Rj. 1914 ausgestellten Karten sind vorzulegen.

Gießen, den 28. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Gießen, den 28. Februar 1915.

Betr.: Wie oben.

An das Großh. Polizeiamt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Vorstehende Bekanntmachung ist auf ortsübliche Weise wiederholt zu veröffentlichen.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

### Bekanntmachung.

Betr.: Die Ausführung des Urkundenstempelgesetzes v. 12. Aug. 1899 in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. März 1910; hier: die Erhebung der Stempelabgaben für Fahrräder.

Unter Hinweis auf Artikel 33 des obigen Gesetzes wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß der Stempelbetrag für

Fahrräder

für das Rechnungsjahr 1915 (d. i. die Zeit vom 1. April 1915

bis 31. März 1916) im Monat März 1915 an allen Werttagen, vormittags von 9—12 Uhr, auf dem Bureau der unterzeichneten Behörde, Zimmer Nr. 1, zu entrichten ist.

Wir fordern hiermit alle Besitzer von Fahrrädern, die diese auf öffentlichen Wegen und Plätzen benutzen, auf, die Stempelabgabe für 1915 Rj. mit 5 Mk. von jetzt ab zu entrichten, oder, sofern die Voraussetzungen hierzu vorliegen, Antrag auf Befreiung von der Abgabe zu stellen.

Sollte die Entrichtung der Abgabe im Wege der Posteingahlung erfolgen, so sind die Gelbbeträge stets ganz frei einzuzahlen, auch müssen die früheren Radfahrkarten mit eingeleitet werden.

Wer bis zum 31. März 1915 von der Entrichtung der Abgabe befreit ist, hat erneutes Befreiungsgesuch binnen gleicher Frist bei der Bürgermeisterei seines Wohnortes oder in der Stadt Gießen dem Polizeiamt vorzubringen. Hierbei ist die früher erteilte Radfahrkarte und der letzte Staatssteuereckel (2 Blätter) vorzulegen. Befreiungsanträge, die nach dem 1. April 1915 gestellt werden, können keine Berücksichtigung mehr finden.

Die Stempelabgabe wird von all denjenigen Personen, die ausweislich unseres Registers zur Zahlung verpflichtet sind, einerlei, ob sie bisher die Abgabe entrichtet haben oder von derselben befreit waren, beigetrieben werden, falls die von ihnen benutzten Fahrräder nicht bis spätestens 31. März 1915 unter Rückgabe der Nummerplatte bei uns abgemeldet worden sind. Auch wird die Bestrafung der Säumnigen auf Grund des Urkundenstempelgesetzes erfolgen.

Gießen, den 27. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Gießen, den 27. Februar 1915.

Betr.: Wie oben.

An das Großh. Polizeiamt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Vorstehende Bekanntmachung wollen Sie wiederholt veröffentlichen.

Die bei Ihnen eingehenden Gesuche um Befreiung von der Stempelabgabe wollen Sie zunächst sammeln, und in Verzeichnisse zusammenstellen und diese Verzeichnisse nebst den letzten Radfahrkarten der betr. Radbesitzer, den Steuerzetteln und etwa sonst noch vorhandenen Nachweisen bis zum 15. März 1915 an uns einreichen. Die Einträge in den Verzeichnissen sind in der Reihenfolge der Nummern der Radfahrkarten zu vollziehen. Verzeichnisse, die dieser Vorschrift nicht entsprechen, werden wir als „Portopflichtige Dienstreise“ zur Neuauflistung zurückgeben. Formulare für Verzeichnisse sind bei der Firma W. Alee dahier erhältlich.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

### Bekanntmachung.

Betr.: Den Stand der Maul- und Klauenseuche im Kreise Gießen.

Sperregebiete sind die Gemarkungen Bellersheim und Eberstadt. Beobachtungsgebiete sind die Gemarkungen Bettenhausen, Dorf-Gill, Arnburg, Grünigen, Holzheim, Mischenheim und Obbornhofen.

Die Bekanntmachung vom 18. d. Mts. ist ungültig.

Gießen, den 22. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

### Bekanntmachung.

Betr.: Influenza bei einem Pferde in Großen-Buseck.

Die Seuche ist erloschen.

Gießen, den 22. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

### Märkte.

Gießen, 23. März. Marktbericht. Auf dem heutigen Wochenmarkte kostete: Butter das Pfund 1,20—1,30 Mk.; Eihner-eier 1 Stück 10—11 Pfg., 2 Stück 00 Pfg.; Enteneier 1 St. 0 Pfg., 2 St. 00 Pfg.; Gänse-eier 1 St. 0—0 Pfg., 2 St. 00 Pfg.; Kälber das Stück 7—8 Pfg., Kälbermutter 2 Stück 6—0 Pfg.; Tauben das Paar 1,00—1,40 Mk.; Hühner das Stück 1,00—2,50 Mk., Gänse das Stück 1,00—2,50 Mk., Enten das Stück 2,50—3,00 Mk., Gänse das Pfd. 70—80 Pfg.; Welche 4—5 Mk.; Ochsenfleisch das Pfd. 90—98 Pfg., Rindfleisch das Pfund 90—94 Pfg., Kalbfleisch 87—90 Pfg., Schweinefleisch das Pfund 100—116 Pfg., Kalbfleisch das Pfd. 78—80 Pfg., Hammelfleisch das Pfund 80—98 Pfg.; Kartoffeln 100 Kilo 12—14 Mk., Weißkraut das Stück 15—25 Pfg.; Zwiebeln der Jte 12,00—15,00 Mk.; Milch das Liter 24 Pfg.; Äpfel der Jentner 16—20 Mk.; Birnen das Pfund 12—15 Pfg., Äpfel 100 Stück 40—50 Pfg. — Marktzeit von 8 bis 2 Uhr.

Drucksachen aller Art

liefert in jeder gewünschten Ausstattung stillrein u. preiswert die Brühl'sche Univ.-Druckerei.